Frankfurt/ Main. Enttäuscht zeigt sich der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) über den Entwurf des BMI zum Gesetz der Sportförderung. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sieht der DOSB nun gefährdet.

Das Bundesinnenministerium (BMI) gefährdet nach Ansicht des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) mit seinem am heutigen Freitag in die Ressortabstimmung gegebenen Referentenentwurf für ein Sportfördergesetz des Bundes inklusive der Einrichtung einer unabhängigen Agentur die Ziele der Leistungssportreform. In einer ersten Analyse des Entwurfs stellen wir ernüchert fest, dass das BMI mit diesem Gesetzentwurf nach über zwei Jahren gemeinsamer intensiver Arbeit an einer Reform des Leistungssports und der Spitzensportförderung die bisher vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem organisierten Sport in Frage stellt.

Der Entwurf enthält deutliche Umsetzungsschwächen bei den Themen „Unabhängigkeit der Agentur“, „Kooperation zwischen Politik und Sport auf Augenhöhe“ sowie Bürokratieabbau. Beispielhaft sichert sich das BMI über den Stiftungsvorsitz mit Vetorecht die Kontrolle über die Ausrichtung der Agentur. Zudem droht mit der Einbeziehung des Bundesverwaltungsamtes in den Zuwendungsprozess eine Fortführung der überbordenden Verwaltungsprozesse, die aktuell schon die Spitzenverbände von der Konzentration auf die Arbeit mit den Athlet*innen abhalten.

„Das ist wenige Monate vor den Olympischen und Paralympischen Spielen in Paris eine herbe Enttäuschung für die Athlet*innen und für den gesamten organisierten Sport in Deutschland nicht akzeptabel“, sagte DOSB-Präsident Thomas Weikert. „Statt wie vereinbart mit einer flexibleren und weniger bürokratischen Förderung und Steuerung des Spitzensports die existierenden Verkrustungen und Hemmnisse für den Erfolg von Athlet*innen zu beseitigen, wird der Status quo durch die neue Agentur institutionalisiert. Von einer Unabhängigkeit der Agentur kann man angesichts der ihr in diesem Entwurf durch den Bund angelegten Fesseln nicht mehr sprechen und wir werden uns diesem im Interesse der Athlet*innen und des Spitzensports in Deutschland im weiteren Verfahren deutlich entgegenstellen.“

Insbesondere die eigentlich zwischen Bund, Ländern und organisiertem Sport vereinbarten übergeordneten Ziele der Spitzensportreform, nämlich die Spitzensportförderung und -steuerung in Deutschland gleichzeitig einfacher und effizienter zu gestalten und in einer unabhängigen Agentur zusammenzuführen, sind massiv gefährdet. Jens Nettekoven, DOSB-Vizepräsident und Mitglied des Reform-Lenkungskreises, ergänzte: „Wir haben uns gemeinsam mit Bund und Ländern auf den Weg gemacht, um die Spitzensportförderung in Deutschland zu stärken. Wir wollten Prozesse vereinfachen, damit sich Trainer*innen und Leistungssportpersonal darauf konzentrieren können, Athlet*innen besser zu machen und weiterzuentwickeln. So werden wir das nicht erreichen, im Gegenteil, künftige Erfolge auf Spitzenniveau werden sogar erschwert und es stellt sich sogar die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Projektes.“

Der Weg zu einer wirklich neuen und effizienteren Struktur wird im vorliegenden Entwurf allenfalls angedeutet, aber nicht wirklich beschriftet. Da die Prozesse jedoch nicht verbessert und mit einer handlungsschwach angelegten Agentur nur ein weiterer Akteur zum bestehenden System hinzugefügt wird, ist der Entwurf aus Sicht des DOSB sogar eine Verschlechterung zum Status quo. Darunter leiden vor allem die zukünftigen Athlet*innen-Generationen, denn: Das Erreichen der sportlichen Zielstellungen und künftige Erfolge auf Spitzenniveau werden mit dem

DOSB enttäuscht über BMI-Gesetzentwurf

Geschrieben von: DOSB/ dl
Samstag, 02. März 2024 um 11:46

vorliegenden Entwurf massiv gefährdet.